



Wertjähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb inci.  
Post 2 Thlr. 15 Gr. — Inserationsgebühr für den Raum einer  
sechshöflichen Seite in Breslau 2 Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 272. Mittag-Ausgabe.

vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 14. Juni 1873.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

51. Sitzung des Reichstages. (13. Juni)

12 Uhr. Am Ende des Bundesrates Delbrück und Faustle mit mehreren Commissarien.

Dem Abg. v. Waldm.-Reichenstein wird der Urlaub verweigert, darauf der Gelegenheitswurf, betreffend die Regelung des Reichshaushalts vom Jahre 1872 an die Budgetcommission verweisen und der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Reichstagwahlkreise 5 und 6 des Regierungsbezirks Oppeln (entsprechend der vom preußischen Landtag genehmigten Abgrenzung der Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz und Kattowitz-Zabrze), in erster und zweiter Beratung genehmigt. Der letztere Gesetzentwurf giebt dem Abg. Krüger (Hadersleben) Anlaß zu einer Beschwerde des nordhessischen Wahlbezirkes, der in so erforderlicher Weise zerstört sei, daß Neudorfer jetzt den Collegen verloren habe, mit dem er noch vor einigen Jahren die nichtdeutsche Bevölkerung Nordhessens vertreten habe. Er stellt auch einen darauf bezüglichen Antrag. Reichenberger (Crefeld) mahnt den Vorredner, obwohl er durch die Sicherstellung, daß er kein Deutscher sei, das Wohlwollen der Versammlung gerade nicht gesucht hat, doch in der Sache selbst volle Gerechtigkeit zu erweisen; dazu genüge aber nicht ein allgemein gehaltener, sondern nur ein auf Beschwerden der Bevölkerung begründeter Antrag aus Abänderung der Wahlbezirke. Abgeordneter Krüger ist aber im Moment nicht im Stande, einen solchen Antrag zu liefern, und hat die Sache dagegen ihr Beenden.

Es folgt die Beratung der Resolutionen Schulze's und Lasker's, deren Inhalt sich so nahe berührt, daß die Discussion sich sofort auf beide zugleich erstreckt, obwohl der Tagesordnung nach zunächst nur der erste zur Beratung steht.

Die vom Abgeordneten Schulze eingeführte Resolution lautet:

Der Reichstag wolle beschließen, folgende Erklärung abzugeben: 1) Es ist die Pflicht der verbündeten Regierungen, vor Berufung des Reichstages das Beratungsmaterial, insbesondere den gesammelten Reichshaushaltbesatz verdeckt bereit zu stellen, daß die Arbeiten des Reichstages ohne Verzögerung und Unterbrechung ihren Verlauf nehmen können; 2) ganz bejornders ist dabei von der Reichsregierung auf Abstellung des gleichzeitigen Tages der einzelnen Landesvertretungen mit dem Reichstage zu dringen, indem dadurch die Tätigkeit der Abgeordneten, wie das Interesse des Volkes daran in einer Weise zerstört wird, welche der vollen Hingabe an die großen nationalen Aufgaben des Reiches hemmend in den Weg tritt.

Die vom Abg. Lasker eingeführte Resolution lautet: Der Reichstag wolle beschließen: 1) zu erklären, daß die Monate October, November und December als die geeignete Zeit für die ordentliche Session des Reichstages erscheinen; 2) den Herrn Reichskanzler aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß im Zukunft der Monat October für die regelmäßige Einberufung des Reichstages zur ordentlichen Session in Aussicht genommen werde.

Abg. Schulze verweist auf die bedauerenswerten Vorlommisse in den letzten Monaten, auf die wiederholte Beschlusshemmigkeit des Reichstages, welche ihm die härtesten Vorwürfe seitens der Nation eingetragen habe. Es sei leicht zu sagen, daß sich Jeder vor der Übernahme eines Mandats prüfen müsse, ob er den Wünschen derselben genügen könne, aber Niemand habe vorhersehen können, daß die Reichsregierung den Reichstag zu einer Zeit zusammenzurufen und Monate lang hinzuhalten werde, ohne das Beratungsmaterial fertig gestellt zu haben. Der Reichstag habe Geduld genug gegeben; nun sei es endlich notwendig, daß er laut spreche und namentlich sei das ein mobile officium für die Mitglieder, welche für die nächste Session ihre Mandate aufzugeben würden, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Es dürfe so nicht weiter gehen, denn sonst schränkt man das passive Wahlrecht auf die reichsweitsten Kreise ein, auf die Spuren der Geburts- und Geldaristokratie, auf Gründer und Rücksichtsräthe, eine Vertretung, welche schwerlich nach dem Geschmack des Volks sein würde.

Präsident Delbrück: Die Uebelstände, die der Vorredner hervorgehoben hat, sind vorhanden.

Es ist auch für uns dringend wünschenswert, daß die Session des Reichstages so bald wie möglich beendet werde. Wie konstruiert sich die Sache? Der Reichstag hat wiederholt zu erkennen gegeben, er wünsche ein gleichzeitiges Tagen des Reichstages und der Einzellandtage nicht. Durch diesen Wunsch, dessen Berechtigung im Allgemeinen nicht bestritten werden kann, sind wir in die Lage gelommen, für den Reichstag eine sehr eng begrenzte und ungemein unzweckmäßige Sitzungszeit zu wählen. Denn nach den Verfassungen mehrerer, und zwar der größten Bundesstaaten sollen deren Landtage im Herbst zusammengetreten. Der Schluss des Jahres schreitet also für die Sitzungen des Reichstages aus. Mit dem Anfang des Jahres ist es nicht viel anders, da die Landtage, die im Herbst zusammengetreten, wohl kaum jemals mit dem Schluss des Jahres fertig werden, sondern ihre Sessionen in das neue Jahr hinein fortsetzen. Man kommt also notwendig in eine spätere Periode; da ist es dann ein berechtigter Wunsch, daß der Reichstag nicht in die Lage gebracht werden möge bis tief in den Sommer hinein zu tagen. Dieser Wunsch drängt nun dahin, daß der Reichstag nicht zu spät berufen werde. Da die Berufung wochenlang vorher bekannt sein muss, tritt häufig eine Täuschung ein, weil man nicht genau berechnen kann, wann die Landtage mit ihrer Arbeit fertig sein werden. Die Täuschung ist auch in diesem Jahre eingetreten. Der Wunsch dafür zu sorgen, daß der Reichstag nicht zu tief in den Sommer hineinsinken müßt, hat für den Statut große Schwierigkeiten im Gefolge.

Bei der Staatsberatung im vorigen Jahre ist hervorgehoben worden, daß es wünschenswert sei, wenn dem Reichstage alle diejenigen Gesetze, die eine Geldbewilligung enthalten, vor dem Statut vorgelegt würden. Wir haben uns bemüht, die Finanzvorlagen so rasch wie möglich einzubringen; dadurch ist es die Vorlegung des Statut selbst verzögert worden. Soviel ist er noch verzögert worden durch die ungemein großen Schwierigkeiten, die die Staatsaufstellung für die Elsaß-Lothringischen Eisenbahnen durch den Hinaustritt der Wilhelms-Luxemburg-Eisenbahn in den letzten Monaten verursacht hat. Die Verlegung, wie sie der Antrag Lasker will, würde allerdings eine Veränderung des Staatsjahres zur Folge haben, allein die Schwierigkeiten einer solchen Änderung würden keine unlösbarlichen sein. Der Bundesrat würde dann aber in den Stand gesetzt sein, den Statut rechtzeitig fertig zu stellen und die übrigen Gesetze ruhiger vorzubereiten. Denn jetzt ist ein erheblicher Theil des Bundesrates durch die Tätigkeit bei den Einzellandtagen behindert, die volle persönliche Tätigkeit bei den Arbeiten des Bundesrates zuzuwenden, die zur Beschleunigung der Arbeiten notwendig ist.

Abg. Dernburg berichtet, daß selbst jetzt noch nicht alle Vorlagen dem Reichstage angegangen seien, welche er in dieser Session noch durchberaten sollte. An der Notlage, in der er sich befindet, sei er indeß nicht ohne Schuld; es sei ungestattlich, wenn Mitglieder, denen der Urlaub verweigert sei, dennoch abreisen und es sei eben so ungewöhnlich, wenn Mitglieder, die anwenden seien, das Haus um der Errichtung irgend eines Zweedes willen verlassen, wie es neulich Herr v. Hoyerbed von sich selbst bekannt habe.

Abg. v. Hoyerbed kann in diesem Hause nur eine Richtschnur seines Handels anerkennen, seine eigene Überzeugung und die seiner Wähler. (Sehr richtig!) Der Abgeordnete könne nicht immer aus seinem Platze sein; dann müßten entweder lauter beschäftigungslose Leute zu Abgeordneten gewählt oder aber Diäten gezahlt werden.

Abg. Windhorst (Melle) hofft, daß in dem Antrage nicht bei Wunsch nach einer Herbstsitzung noch in diesem Jahre ausgedrückt sein solle. (Heiterkeit.) Rufe: Nein! nein!) Was die Frage selbst betrifft, so könne man mit eben so guten Gründen für manche andere Zeit als den Herbst plaudern; er wünsche gar nicht, daß der Reichstag über einen bestimmten Termin Beschluss fasse; das einzige, was er zulassen könne, sei eine einfache Discussion, welche der Reichsregierung über die Wünsche des Hauses Fingerzeige gebe. Man könne ja auch gar keinen entscheidenden Beschluss fassen, bevor man sich nicht mit den Particularstaaten, die durch ihre Verfassungen gebunden seien, ins Einvernehmen gesetzt hätte. Er sehe nur nicht ein, weshalb man keine Frühjahrssession des Reichstages wolle; die alten Deutschen, die sich allerdings früher zu lassen gewohnt gewesen seien, als ihre heutigen Nachkommen, hätten auch schon auf dem Mauselde getagt. (Große Heiterkeit.) Für zartere, in den schönen Gegenden Süddeutschlands aufgewachsene Naturtum sei Berlin im November ein höchst verderblicher, gefährlichster Ort.

dem Reichstag nicht mehr gehörig vorbereitet würden. Für eine solche Vorbereitung, oder wie man das Ding sonst nennen wolle, niedergeschrieben werden. Er möchte bei dieser Gelegenheit auch noch einem Gedanken Ausdruck geben, der voraussichtlich viel Widerspruch finden würde, dem Gedanken einer zweijährigen Budgetperiode, wie sie in Hannover bestanden habe. Dadurch werde wieder eine gewisse Ruhe in die Gemüther

des Volkes kommen, das sich in der überströmenden Gesetzgebungarbeit nicht mehr zurechtfinden wisse. Das preußische Abgeordnetenhaus habe in seiner letzten Session eine Menge von Gesetzen mit vieler Zeitaufwand berathen und angenommen, zu denen nicht der geringste Anlaß vorgelegen habe. (Große Heiterkeit.)

Daraus wird der Antrag Schulze fast einstimmig angenommen; es folgt die Beratung des Antrags Lasker.

Abg. Lasker: Wir haben soeben eine gewisse, wenn auch wohlwollende Kritik gegen den Bundesrat geübt; unser Antrag enthält eine Seldskritik. Der Reichstag wird durch seinen Beschuß die Erklärung abgeben, ob der eben angenommene Antrag ausgeführt werden kann oder nur ein strommer Wunsch bleibt. Der zweite Theil des Beschlusses, daß ein Zusammentreffen mit den Einzellandtagen vermieden werden möge, bleibt ein strommer Wunsch, wenn der Reichstag nicht eine bestimmte Zeit für seine Verhandlungen feststellt. Wenn er dagegen sagen wollte, mir steht das ganze Jahr zur Disposition, so wird kein Landtag in der Lage sein, diesem Gesetz Folge zu leisten. Von den drei Zeiten, die in Aussicht genommen sind: Herbst, Anfang des Jahres und Frühling, scheint mir der Frühling die ungeeignete. Wir müssen bald nach dem Anfang der Verhandlungen an die Osterberatung denken; eine solche Unterbrechung von 14 Tagen läßt zu Unregelmäßigkeiten, denn es fehlt kurz vor und nach den Ferien an der nötigen Ausdauer und dem nötigen Ernst. Zwischen Ostern und dem Schluss der Session liegt noch Pfingsten und es hat bis jetzt noch nie gelingen wollen, die Pfingstferien aus das Minimum zu beschränken. Ich muß zur Ehre derjenigen Mitglieder, die durch ihre Abwesenheit die Beschlusshemmigkeit mit herbeigeholt haben, anführen, daß wir von Jahr zu Jahr, wenn die Pfingstferien sie Arbeiten unterbrechen, keine Wahrscheinlichkeit hatten, in der ersten Woche ein beschlußfähiges Haus zu bekommen. Außerdem tritt nach den Pfingsttagen die Höhe ein, die die parlamentarischen Arbeiten unerträglich und fast unmöglich macht. Die Frühlingszeit ist aber auch aus anderen Gründen nicht geeignet. Ein großer Theil der Reichstagsabgeordneten ist zugleich bei den Einzellandtagen beschäftigt und wenn die Verhandlungen des Reichstages denen der Einzellandtage folgen, so haben die Abgeordneten nicht mehr dieselbe Freiheit.

Der Reichstag kann aber jedensfalls die Wohlthat beanspruchen, daß seine Verhandlungen mit den frischesten Kräften geführt werden. Ferner scheint es mir doch notwendig zu sein, daß die Einzellandtage erst nach dem Reichstag ihre Verhandlungen anfangen, weil sie ja in Bet्रeit des Budgets und vieler anderer Gesetze von dem Reichs-Gesetzgebung abhängig sind. Noch ein anderer sachlicher Grund ist vorhanden, ganz entgegengesetzt dem Vorschlage des Abg. Windhorst, daß wir ein zweijähriges Budget für das Reich einführen sollten. Das ist für die umfangreiche Verwaltung des Reiches absolut unmöglich. Wir würden dann statt 2—3 Monate jährlich 7—8 Monate alle zwei Jahre tagen müssen. Denn, wenn der Bundesrat möchte, daß es keine Möglichkeit giebt, im nächsten Jahre etwas Berugesenes oder weniger Dringliches durchzuführen, würde alles auf diese Session zusammengedrängt werden. Ich gehe noch weiter und meine, daß die heutige Anordnung, daß das Budget im April oder Mai berathen werden muss, nicht zuträglich ist. Um im April oder Mai den Statut zur Beratung bringen zu können, müssen die Verwaltungen bereits im Oktober oder September des vorhergehenden Jahres ihre Vorbereitungen anfangen, es muß also vielfach die Phantasie in Anspruch genommen werden. Wir haben deshalb häufig und ziemlich umfangreiche Nachträge und Corrective zum Statut zu erwarten, die unsere Verhandlungen lästig beschäftigen und den Einzelstaaten wegen der schwankenden Matrikulärträge die größte Unbehelligkeit machen. Dieser Uebelstand wird allerdings nicht ganz zu vermeiden sein, aber er muß auf ein Minimum beschränkt werden. Wir vergrößern den Uebelstand, indem wir in einer Vorbereitung des Statut im zweitvorhergehenden Jahre zwingen. Außerdem hat der heutige sanitätliche oder gesellschaftliche Zustand ein weitgehendes Bedürfnis nach Bädern, die ein zu langen Tagen unmöglich machen, weil das Haus nicht beschlußfähig bleibt. Die bequemste Zeit, wenn wir völlig allein auf der Welt wären, wäre der Anfang des Jahres, der außerdem für die Bewohner des Landes einladend ist, nach der Hauptstadt zu kommen.

Wir leben aber nicht allein, und dürfen nicht verlangen, daß die Einzel-

staaten nicht erfüllen können. Die Zeit vom October bis zum December wäre aber für die Beratungen der Einzellandtage zu begrenzt; denn wir dürfen nicht vergessen, daß so sehr wichtig die Gesetze des Reiches auch sind, dennoch die Einzellandtage eine große Menge von Detailgesetzen abzuwickeln haben, die keineswegs eine bestimmte Grenze für die Verhandlungen ziehen lassen. Außerdem sind die Einzellandtage noch geeignet mit einer Wohlthat, welche der Abgeordnete Graf Mühlau dem Reich auch wünscht, die Wohlthat der Herrndauer und der ersten Kammer. Wie wohltätig solche Luxuslegislaturinstrumente (Widerspruch) auch sein mögen, jedenfalls tragen sie dazu bei, die Verhandlungen langsam zu machen, daß sie um die Hälfte länger dauern, als die des Reichstages. Wenn wir nun mit dem Januar unserer Verhandlungen anfangen wollen, so würde sich zeigen, daß die meisten Einzellandtage zweimal im Jahre tagen müßten vor und nach den Sitzungen des Reichstages. Wenn wir den October als Anfang in Aussicht nehmen, würden wir mit Ausdruck einiger Jagdliebhaber vielleicht gar keinen Widerspruch erfahren. Wenn wir dann durch den Bundesrat alle Vorlagen geboten, vorbereitet erhalten, so glaube ich aus meiner Erfahrung sagen zu können, daß ein Zeitraum von 10 Wochen selbst für bedeutende Geschäfte ausreichen würde. Was wir jetzt in den letzten 14 Tagen fertig stellen wollen, ist ein Pensum, das sich auf die ganze Session verteilen würde.

Alle Finanzgesetze, die wir behandeln sollen, befinden sich in unseren Händen, nur ein Gesetz, das über den Abschluß der 1½ Milliarden, selbst uns noch und dadurch ist die Budgetcommission verhindert, den Statut zu berathen. Wenn aber sämtliche Finanzgesetze sammt dem Statut im Anfang der Session vorgelegt würden, würde ein Zeitraum von 10—11 Wochen genügen. Die Verhandlungen würden in lebendigstem Flusse bleiben und wir würden nicht aus Mangel an Stoff in Verlegenheit sein, was auf die Lagesordnung gelegt werden soll, wie wir es heute vielleicht sein werden. Endlich würde dann die Zeit eintreten, in der selts ein fachmäßiger Parlamentarier die eine Hälfte des Jahres dem Parlamente, die andere eigenen Geschäftszonen zuwenden könnte, während heute freie Zeit für einen solchen zu den Ausnahmen gehört. So schwer belastet mit Finanzgesetzen, wie die diesjährige Verhandlungen werden, werden wir keine froh wieder haben. Es wäre nur nötig, daß die Einzellandtage ihr Staatsjahr anders einrichten, weil es nicht wohlbefähigt ist, schon im Januar das Budget für das nächste Jahr zu berathen. Ob damit zugleich eine Änderung des Staatsjahres des Reiches notwendig sein würde, könnte man erst nach dahingehenden Beratungen der Einzelregierungen unter einander ersehen. Wenn wir uns nicht über eine Zeit verständigen, wird unser vorheriger Beschuß keine große Wichtigkeit erlangen, sondern die Uebelstände immer wiederkehren.

Abg. v. Hellendorff befürchtet, daß die in dem Antrage angegebene Zeit für die Beratungen einer Reichstagsession nicht ausreichen werde,

namentlich wenn der Reichstag sofort abreise, von seiner gesetzgeberischen Initiative einen so ausgedehnten Gebrauch zu machen, wie bisher.

Abg. Windhorst (Melle) hofft, daß in dem Antrage nicht bei Wunsch nach einer Herbstsitzung noch in diesem Jahre ausgedrückt sein solle. (Heiterkeit.) Rufe: Nein! nein!) Was die Frage selbst betrifft, so machen sich meinungsverschiedene Parteien gegenwärtig darüber gewissenhaft, ob der Reichstag zweimal im Jahre zusammenkommt: einmal zu gründlicher, prinzipieller Vorberatung im Frühjahr, und dann, daß einzelne, der Badefux weniger bedürftige Mitglieder

in dem Maße unentbehrlich ist, ja, meine Herren, darüber weiß ich nicht zu urteilen. (Heiterkeit.) Aber vielleicht kann man doch dahin kommen, daß eine parlamentarische Versammlung nicht täglich Plenarsitzungen haben möge, so daß Parallelversammlungen mit anderen Körperschaften, die in derselben Stadt tagen, schon eher ertragen werden können.

Dass die jetzige Zeit eine unrichtige ist, und dass der Reichstag von sämtlichen anderen parlamentarischen Versammlungen in dieser Beziehung bisher als eine Art von Achenbrödel behandelt wird, dem zugeschoben wird, was er machen soll, das ist eine Einrichtung, der ich mich wenigstens, soweit mein Einfluß reicht, nicht länger frege. Es leidet darunter meines Erachtens auch die nationale, reichsähnliche Entwicklung, wenn die Einzellandtage sich an gewohnte, die Reichsangehörigkeit als einen Zubehör zu ihren Particular-Einrichtungen zu betrachten, wenn sie sich nicht vielmehr endlich daran gewöhnen, daß das Reich nicht ein Andau zu ihren Einzellandtaten ist, sondern um es den übrigen nicht berufsmäßigen Mitgliedern zu erleichtern, ihre parlamentarischen Pflichten zu erfüllen. Der Schutz der Redefreiheit ist ja abso unentbehrlich; ob der Schutz der Redefreiheit auch in diesem Maße unentbehrlich ist, ja, meine Herren, darüber weiß ich nicht zu urteilen. (Heiterkeit.) Aber vielleicht kann man doch dahin kommen, daß die Einzellandtaten am geeignetesten ist. Denn das Reich ist der wichtige Faktor. Für welche Zeit der Berufung dieser Versammlung der Bundesrat sich vorzugsweise entscheidet, das lasse ich dahin gestellt sein. Mir scheint der eine Zeitraum ebenso annehmbar, wie der andere. Nach meinen persönlichen Wünschen wäre mir der Januar der liebste. Die Periode October-November, die andere wünschen, hat ja auch sehr viel für sich, indem es für die Landtage wünschenswert ist, ihre Einrichtungen mit denen des Reichsform zu treffen. Die Vorarbeiten des Bundesrates sind ja, wie Ihnen das Beispiel dieses Jahres zeigt, nicht so leicht und so rasch herzustellen, wie man sich auch in die Ökonomie der Zeit einrichtet. Die Zeit ist der richtige Zeitpunkt, um die Berufung dieser Versammlung der Bundesrat zu bewilligen, unter der die Einzellandtaten wohnen müssen (Beispiel), und die zu kräftigen die Aufgabe aller ist. Meines Erachtens hat das Reich sich diejenige Zeit zu wählen, die überhaupt für parlamentarische Versammlungen in großen Staaten am geeignetesten ist. Denn das Reich ist der wichtige Faktor. Für welche Zeit der Berufung dieser Versammlung der Bundesrat sich vorzugsweise entscheidet, das lasse ich dahin gestellt sein. Mir scheint der eine Zeitraum ebenso annehmbar, wie der andere. Nach meinen persönlichen Wünschen wäre mir der Januar der liebste. Die Periode October-November, die andere wünschen, hat ja auch sehr viel für sich, indem es für die Landtage wünschenswert ist, ihre Einrichtungen mit denen des Reichsform zu treffen. Die Vorarbeiten des Bundesrates sind ja, wie Ihnen das Beispiel dieses Jahres zeigt, nicht so leicht und so rasch herzustellen, wie man sich auch in die Ökonomie der Zeit einrichtet. Die Zeit ist der richtige Zeitpunkt, um die Berufung dieser Versammlung der Bundesrat zu bewilligen, unter der die Einzellandtaten wohnen müssen (Beispiel), und die zu kräftigen die Aufgabe aller ist. Meines Erachtens hat das Reich sich diejenige Zeit zu wählen, die überhaupt für parlamentarische Versammlungen in großen Staaten am geeignetesten ist. Denn das Reich ist der wichtige Faktor. Für welche Zeit der Berufung dieser Versammlung der Bundesrat sich vorzugsweise entscheidet, das lasse ich dahin gestellt sein. Mir scheint der eine Zeitraum ebenso annehmbar, wie der andere. Nach meinen persönlichen Wünschen wäre mir der Januar der liebste. Die Periode October-November, die andere wünschen, hat ja auch sehr viel für sich, indem es für die Landtage wünschenswert ist, ihre Einrichtungen mit denen des Reichsform zu treffen. Die Vorarbeiten des Bundesrates sind ja, wie Ihnen das Beispiel dieses Jahres zeigt, nicht so leicht und so rasch herzustellen, wie man sich auch in die Ökonomie der Zeit einrichtet. Die Zeit ist der richtige Zeitpunkt, um die Berufung dieser Versammlung der Bundesrat zu bewilligen, unter der die Einzellandtaten wohnen müssen (Beispiel), und die zu kräftigen die Aufgabe aller ist. Meines Erachtens hat das Reich sich diejenige Zeit zu wählen, die überhaupt für parlamentarische Versammlungen in großen Staaten am geeignetesten ist. Denn das Reich ist der wichtige Faktor. Für welche Zeit der Berufung dieser Versammlung der Bundesrat sich vorzugsweise entscheidet, das lasse ich dahin gestellt sein. Mir scheint der eine Zeitraum ebenso annehmbar, wie der andere. Nach meinen persönlichen Wünschen wäre mir der Januar der liebste. Die Periode October-November, die andere wünschen, hat ja auch sehr viel für sich, indem es für die Landtage wünschenswert ist, ihre Einrichtungen mit denen des Reichsform zu treffen. Die Vorarbeiten des Bundesrates sind ja, wie Ihnen das Beispiel dieses Jahres zeigt, nicht so leicht und so rasch herzustellen, wie man sich auch in die Ökonomie der Zeit einrichtet. Die Zeit ist der richtige Zeitpunkt, um die Berufung dieser Versammlung der Bundesrat zu bewilligen, unter der die Einzellandtaten wohnen müssen (Beispiel), und die zu kräftigen die Aufgabe aller ist. Meines Erachtens hat das Reich sich diejenige Zeit zu wählen, die überhaupt für parlamentarische Versammlungen in großen Staaten am geeignetesten ist. Denn das Reich ist der wichtige Faktor. Für welche Zeit der Berufung dieser Versammlung der Bundesrat sich vorzugsweise entscheidet, das lasse ich dahin gestellt sein. Mir scheint der eine Zeitraum ebenso annehmbar, wie der andere. Nach meinen persönlichen Wünschen wäre mir der Januar der liebste. Die Periode October-November, die andere wünschen, hat ja auch sehr viel für sich, indem es für die Landtage wünschenswert ist, ihre Einrichtungen mit denen des Reichsform zu treffen. Die Vorarbeiten des Bundesrates sind ja, wie Ihnen das Beispiel dieses Jahres zeigt, nicht so leicht und so rasch herzustellen, wie man sich auch in die Ökonomie der Zeit einrichtet. Die Zeit ist der richtige Zeitpunkt, um die Berufung dieser Versammlung der Bundesrat zu bewilligen, unter der die Einzellandtaten wohnen müssen (

Freuden gehört, aber den Gedanken einer Heraushebung der Beschlusshäufigkeitssiffer weist er aufs Entschiedenste zurück. Das wäre nichts Andres, als eine Bankerotterklärung des Reichstages. (Großer Lärm rechts.) Der Vergleich mit England passe nicht, denn dort handelt es sich um althergebrachtes Recht. Wollte die Regierung immer einen vollbesetzten Reichstag haben, dann müsse sie das allgemeine Wahlrecht erst einmal ehrlich zur Wahrheit machen und Däten bewilligen.

K. F. Bismarck: Ich wollte nur constatiren, daß, wenn man die Läden derjenigen, die bei der Beschlusshäufigkeit des Reichstages gefehlt haben mit den Einkommensteuerlisten vergleicht, man zu dem Resultate kommen wird, daß der Mangel an Däten hierin nichts geändert haben würde.

Ab. Lößnitz: Lößnitz bestreitet die Beweisfrage dieser Bemerkung, die höchstens darüber spreche, daß die wohlhabenden Leute, aus denen der jetzige Reichstag zum größten Theil besteht, schlecht gewählt seien.

Der Antrag Lasker wird darauf mit sehr großer Majorität genehmigt.

Es folgt die dritte Abstimmung des von Elben und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes.

Abg. Bamberg: In der zweiten Lesung betonte der Vertreter der bairischen Regierung, daß die Repräsentanten dieses Bundesstaates dem Entwurf gegenüber bestanden blieben. Nun ist es allgemein verbreitete Meinung, daß bei der nationalen Gestaltung der Bevölkerung und des Regierungsdienstes Bayerns und nach der natürlichen Entwicklung unserer Zustände jene Repräsentanten ganz von selbst allmälig bestellt werden würden. Zur Illustration dieser logischen Notwendigkeit diese Folgendes. In der vorherigen Session interpellirte ich die Reichsregierung über die Verbindung zwischen Süddeutschland und Italien. Ich befürchtete mich damals, als mir versichert wurde, man werde von diesen Klagen der Repräsentanten thunlich Abhilfe verschaffen. Seitdem ist nun in Folge der hier gepflanzten Verhandlung ein sehr ehrenwerthes Mitglied des italienischen Parlaments, welches ich persönlich nicht kenne, die italienische Regierung in demselben Sinne interpellirt und von dem Minister die Antwort erhalten, der Grund der Beschwerden liege nicht im italienischen, sondern in den deutschen, speziell im bairischen Ministerium. Hier hätte nun gewiß die höchste Reichsregierung alle Veranlassung im Interesse des Vertrags einzutreten, wenn nicht die Repräsentanten zum Theil hindern dazwischen traten, und doch können und müssen wir uns so mehr eine Auskunft über die bestehenden Missstände und ihre Abstellung verlangen, als wir 20 Millionen für die Gotthard-Bahn bewilligt haben. Es kommt für uns dazu, daß das über ganz Ober-Italien bis Florenz geogene Eisenbahnnetz in den Händen einer französischen Gesellschaft, der sogenannten Gesellschaft der oberitalienischen Bahnen ist, welche auch die lombardischen Bahnen gehören und die deshalb die Mon-Tenis- und Semmering-Linie tendenziell vor dem Brenner bevorzugt. Im römischen Parlament sind selbst Klagen darüber geführt worden, daß die Repräsentanten in Bologna und Venedig festsitzen und auf die französischen Bögen warten müssen, daß beselbe Umstand für den Warenauftrieb mit Deutschland höchst störend wirkt.

Eine Abhilfe sollte durch den Bau der Bahn von Mantua nach Modena geschaffen werden; seit aber die französische Gesellschaft, an deren Spitze sich der Pariser Baron von Rothschild befindet, es dahin zu bringen wußte, daß die Clauzel in dem Concessionsvertrage, welche sie zum Bau einer festen Bahnlinie verpflichtete, wiederum bestellt worden ist, die Brenner-Linie noch Jahre lang geschädigt. Der Druck, den die französische Gesellschaft so ausübt, wird auch in Italien schwer empfunden. Aber der italienische Interpellant, mit welchem ich mich in dieser Frage in Verbindung gesetzt habe, schreibt am Schluss seines Briefes sehr charakteristisch: „Wird die italienische Regierung Kraft genug haben sich dem Einfluß seiner französischen Gesellschaft zu entziehen, wenn ihr die deutsche nicht mit Remonstrationen zu Hülfe kommt? Ich hoffe, daß bei der Freundschaft der beiden Regierungen, auch wenn die Gerüchte von einer besonders durch Verträge verbündeten Intimität immerhin grundlos sein mögen, die deutsche es an solcher Nachhilfe nicht fehlen lassen wird, die im Interesse beider Länder liegt.“

K. F. Bismarck: Es sind bereits Anregungen und Aufforderungen in der von dem Vorredner besprochenen Richtung gegeben. Wenn diese auch bisher noch keinen Erfolg gebracht haben, so zweifle ich doch nicht, daß ein nachhaltiges Zuretkommen auf dieselben bei den bestehenden Beziehungen beider Länder von Erfolg sein wird. Ich würde dem Vorredner sehr dankbar sein, wenn er das Material, was etwa zu seiner Disposition steht, und was nicht aus der heutigen Stunde schon zu entnehmen ist, mir mittheilen will. Ich werde es bereitwillig annehmen, um unsere Information über die dortige Sachlage, die nicht immer so genau und umfassend ist, wie wohl zu wünschen wäre, indem von Rom aus die Dinge in Oberitalien sich doch so genau nicht beobachten lassen, zu verbessern. Ich würde also dem Vorredner und jedem Andern, der mir Material nach dieser Richtung mitzutheilen hat, dankbar sein und es bereitwillig verwerben.

Abg. Loës: Als das Preßgesetz aus der Tagesordnung stand, habe die geborene Majestät das mühsame Werk ihrer Commission in den Papierkorb geworfen, als der Reichskanzler ihr aukündigte, ein Projektwurf werde im Bundesrat vorbereitet. Consequenter mußte sie auch heute so verfahren, nachdem sie wisse, daß auch der Bundesrat sich mit dieser Materie befasse. Der Entwurf monopolisierte den Verkehr in den Reichsgrenzen, er begründete eine Omnipotenz des Reiches auf einem Gebiete, wo die Comptenz desselben nicht begründet sei, und wo jede Norm bisher sah, nach welcher der neue Verwaltungsgesetz entscheiden sollte.

Präsident Delbrück: Ich will nur den sachlichen Irrthum des Vorredners berichtigten, daß der Bundesrat sich mit der Ausarbeitung eines Entwurfs über das Reichseisenbahnamt beschäftige. Dies ist nicht der Fall. Er hat sich allerdings mit der Frage beschäftigt, aber nur auf der Grundlage des hier eingebrochenen Gelegenheitswurfs.

Hiermit schließt die Generaldebatte.

Der Special discussion werden nicht die Beschlüsse der zweiten Lesung, sondern eine von den Abg. Lasker und Genossen ausgearbeitete neue Fassung desselben zu Grunde gelegt.

Abg. Lasker motiviert dieses Elaborat als eine Klarstellung der Gedanken des alten Entwurfs, während Abg. Windthorst (Meppen) wie in den früheren Sitzungen der Beratung unter starker Opposition gegen die ganze Idee des Gesetzes aushämmerte, wie der tumultuarische Gang der Verhandlung, daß Einbringen eines ganz neuen Gesetzes in der dritten Lesung am meisten bemüte, wie wenig es sich empfiehlt, einen so wichtigen, die Reichsverfassung ändernden Antrag in fliegender Eile zu erledigen.

Die Abg. Braun (Gera) und Miquel treten diesem Vorwurfe mit Hinweis darauf entgegen, daß der sachliche Inhalt des Gesetzes durch die vorliegende Redaktion keine Aenderung erfahren habe.

Die Beratung darauf, zahlreich kleinere Aenderungen, welche im Laufe der Discussion schriftlich eingebrochen werden, wiederzugeben, zumal die Beratung durch Verlautung unterbrochen wird.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Verschiedene kleinere Vorlagen und der Rest der heutigen Tagesordnung.)

Berlin, 13. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König haben den bisherigen Gefundenen des deutschen Reichs in Konstantinopel, Geheimen Legationsrat von Neudell zu Altenhöchstädt außerordentlichen Gefundenen und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige von Italien ernannt.

Se. Majestät der Königin hat den Divisions-Auditeuren, Justiz-Rathen Wesendorff der 7. Division, Plantier der Garde-Cavallerie-Division, Bürggemaun der 20. Division, Kaechn der 6. Division, v. Bonn-Hausen der 13. Division, Matties der 8. Division, Hiersemann der 1. Division, Dr. Hasenbalg der 20. Division, Kaechn der 9. Division, Buhlmann der 18. Division, sowie dem Gaujion-Auditeur, Justizrath Mezle in Königsberg i. Pr. den Rang der Räthe vierter Klasse; sowie den Divisions-Auditeuren Lütkemüller der 2. Division, Paschke der 5. Division, Rothfessen der Großherzoglich Hessischen (25.) Division, Schulze der 1. Division, Schenk der Großherzoglich Hessischen (25.) Division, und Nold der 5. Division den Charakter als Justiz-Rath verliehen.

Dem Civil-Ingenieur A. Büttner in Aachen ist unter dem 9. Juni v. d. Z. ein Patent auf einen Siederohrhebel auf drei Jahre erteilt worden. Dem Ingenieur Louis Umann zu Dresden ist unter dem 10. Juni d. Z. ein Patent auf eine Vorrichtung zum Wegschüren der Kette auf Ketten-schleppdampfern auf drei Jahre erteilt worden.

Der Referendarius Eramer aus Hameln ist auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advokaten mit Anweisung seines Wohnsitzes in Leer in der Provinz Hannover ernannt worden.

Berlin, 13. Juni. [Siehe Majestät die Kaiserin-Königin.] Bei den besuchten gestern Ihre Majestät die verwitwete Königin. — Bei den

kaiserlichen Majestäten fand ein Familientreffen und eine Familienfeier statt, an welchen Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin, Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Carl von Hessen und bei Rhein, Se. königliche Hoheit der Prinz Luitpold von Bayern und die großherzoglich hessischen Prinzen Theil nahmen.

Der General-Feldzeugmeister und Chef der Artillerie, Prinz Carl von Preußen königliche Hoheit, hat sich gestern Abend zum Gebrauch einer Abwehrmittelkur mit Höchstlerner Gemahlin der Prinzessin Carl königliche Hoheit nach Wiesbaden begeben. Im Gefolge befinden sich der Schloßhauptmann Hofmarschall Graf von Dohnhoff, der Kammerherr Graf von Brühl, die Hofdamen Gräfin von Hagen und Gräfin von der Schulenburg, und der Adjutant Hauptmann von Untuh.

(Reichsanzeiger.)

[Der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin] haben Sr. Majestät dem Kaiser und König aus Veranlassung des Hinsichtlichen Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert eine Beliebsadress überreicht, auf welche seitens Sr. Majestät folgende Antwort ergangen ist:

„In der Beirührung, in welche Ich durch das unerwartete Dahinscheiden Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert von Preußen, Meines geliebten Cousins, verlost worden bin, ist es Meinem Herzen besonders wohltuend gewesen, die Beileidsadresse des Magistrats und der Stadtverordneten vom 7. d. Mts. ergegennehmen zu können, und darin nicht allein mit trostender Einigkeit die Teilnahme an dem Mir und Meinem Hause wiederum auferlegten sommerlichen Verluste, sondern auch die überzeugungsvolle Anerkennung der besonderen Verdienste um das Vaterland erworben hat. Ich rufe dem Magistrat und den Stadtverordneten auf die Herzlichkeit für diese neue Auskunft des misshandelnden und anhängigen Sinnes, von welchem Ich die Vertreter wie die Bürgerschaft Berlins bestellt weiß.“

Berlin, den 11. Juni 1873. Wilh. I.

An den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin.“

[Zur feierlichen Beisetzung der Leiche der verehrten Fürstin Auguste von Liegnitz] hatten sich vorgestern Nachmittag Ihre Majestät die Kaiserin und Königin und die Mitglieder der Königlichen Familie nach Charlottenburg begeben. Die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften hatten sich in der Rotunde des Schlosses von Charlottenburg versammelt und begaben sich von da in stillen Trauerzüge nach dem Mausoleum, in dessen Grustempel die sterblichen Überreste weiland König Friedrich Wilhelms III., der Königin Louise und des Prinzen Albrecht beigesetzt sind. In der Grustempel, die sich unmittelbar unter den Grabdenkmälern befindet, war ein Altar errichtet, umgeben von schwartz Draperien, von Palmen und Lorbeer.

Der demselben stand der mit schwarzen Sammet und silbernen Streifen ausgelegte Sarg, in den die sterbliche Hülle der verehrten zweiten Gemahlin König Friedrich Wilhelms III. gebecket war. Die Kärtchen schmückte denselben, und er war bedekt mit Kränzen und Palmenzweigen vom Altar standen Ihre Majestät die Kaiserin-Königin, Ihre Kaiserl. und Königl. Hoheit die Kronprinzessin, Ihre Königl. Hoheiten die Prinzessinnen Carl, Friedrich Carl, Marie, Elisabeth, rechts Se. Kaiserl. und Kgl. Hoheit der Kronprinz, Ihre Königlichen Hoheiten die Prinzen Carl, Friedrich Carl, Albrecht, Alexander und Georg, Prinz August von Württemberg, Herzog Wilhelm von Württemberg-Schwarzwald, vor dem Sarge die nächsten Angehörigen der Hinschiedenen, der Graf von Harrach nebst Gemahlin und Söhnen. Sooß waren in der Grustempel nur noch der persönliche Dienst der Verehrten, die Dienerschaft und das Haupersonal aus dem Palais in Berlin und der Villa bei Sanssouci anwesend. Der eine Theil des Domhofs, der die Gesänge bei der gottesdienstlichen Feier ausführte, war in dem Hauptraume, der andere im Freien außerhalb des Mausoleums aufgestellt. Die Traueraufierlichkeit betrachtete der Hof- und Domprediger Ober-Consistorial-Rath Dr. Edelgel; dieselbe begann mit einer liturgischen Vorlesung und dem Responsorium des Domhofs. Dann folgte die Gedächtnishreit, welcher die Worte der dritten Bitte zu Grunde gelegt waren. Der Trauertisch mit der Einsetzung der Leiche und dem Gesang des Liedes „Was Gott will, das ist wohlgethan“, unter welchem an demselben Tage vor dreihundert Jahren König Friedrich Wilhelm III. in die Grus, die er sich bei Lebzeiten bereit hatte, eingeführt wurde.

Berlin, 13. Juni. [Die Klassensteuer. — Unterstüzungsklassen.] Durch das Gesetz vom 25. Mai d. J. sind so vieles eingreifende Veränderungen an den Grundsätzen für die Veranlagung der Klassensteuer eingeführt worden, daß es für nötig erachtet worden ist, die Instruction vom 8. Mai 1851 über die Veranlagung der Klassensteuer einzuführen, daß es für nötig erachtet

wurde, aufzuhören und durch eine neue, welche vom 29. Mai d. J. datirt ist, zu ersetzen. Diese schon bekannt gewordene Instruction hat der Finanzminister in Begleitung eines Rundschreibens an die Provinzial-Regierungen versendet, aus dessen Inhalt einiges auch von allgemeinem Interesse sein dürfte. In der Instruction ist der Termin für die Einsendung der Haupt-Nachweisen an das Finanz-Ministerium auf den 15. December festgestellt worden. Die pünktliche Einbehaltung dieses Termins erklärt das Rundschreiben für unabdinglich erforderlich, da es in der Absicht liege, die durch das Gesetz angeordnete Berechnung darüber, ob und wieviel der Normalbetrag der 11 Millionen Thaler durch den aus der Veranlagung der Klassensteuer sich ergebenden Jahresbetrag der Solleinnahme überschritten oder nicht erreicht wird, gegen Ende dieses Jahres abzuschließen. — Um die Erreichung dieses Ziels zu sichern und im Hinterblick auf die Schwierigkeiten bei der nächsten Veranlagung nach den neuen Einschätzungs-Grundsätzen wird eine angemessene Verlängerung der bisher vorgezeichneten Fristen für die Aufstellung der Klassensteuer-Rollen als notwendig anerkannt. Es wird dann noch dringend anempfohlen, bei den Einschätzungen keine Rücksicht darauf zu nehmen, ob im einzelnen Falle eine Erhöhung oder Ermäßigung des bisherigen Steuerbeitrages herbeigeführt werde, da nur durch ein vollkommen correctes Verfahren eine gerechte und gleichmäßige Vertheilung des Normalbeitrages erreicht werden könnte. — Die bereits in den laufziger Jahren angestrebte Errichtung von Unterstützungsklassen für die beim Betriebe und bei der Bahnunterhaltung beschäftigten Eisenbahnarbeiter und deren Hinterbliebenen hat bisher nur insofern zu einem Resultate geführt, als durch die Cabinettsordre vom 31. August 1859 die Errichtung derartiger Kassen für im Eisenbahndienst beschäftigte Gewerbsgehilfen und Fabrikarbeiter ermöglicht worden ist, während die Fürsorge für das übrige Personal auf Fortführung von Karlen- und Unterstützungs klassen für den augenblicklichen Bedarf beschränkt blieb. Die Erweiterung der Zwecke dieser letzteren Kassen in der bezeichneten Richtung und die Bildung neuer Kassen soll jetzt angestrebt werden. Die Regierung ist überzeugt, daß dadurch auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Verwaltungen und Arbeitern in wirksamer Weise gestärkt werde. Um eine Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Sache und ein Urtheil über die zur Erreichung des in Aussicht genommenen Zweckes erforderlichen Mittel zu gewinnen, sind zunächst sämmtliche Eisenbahn-Direktionen zur Neuhebung aufgefordert worden.

[Beschagnahme.] Heute sind — „die Wespen“ konfisziert worden. In Abgeordnetentreissen, in denen dies ausgezeichnete Witzblatt eine stets begehrte Leistung ist, wurde es lebhaft redauert.

Königsberg, 13. Juni. [Sitten und Polizeibehörde] ist gestern Abend die hiesige Mauer-Strit-Gasse mit Beschlag belegt

worden, um die Amtshäuser zu beschützen. Eine unbeschogene freimüthige Meinungsäußerung werde die Regierung den Amtshäusern nicht vertrümmern, aber sie werde mit allen gesetzlichen Mitteln darüber wachen, daß die Amtshäuser, so lange sie die freiwillig übernommene Aufgabe, die Verkündung der obrigkeitlichen Anordnungen zu sein, behalten, diejenigen Rückstufen nicht bei Seite seien, welche die öffentliche Ordnung und der öffentliche Anstand erheischen. Das „Dresdener Journal“ heißt sodann Auszüge aus verschiedenen Artikeln des „Leipziger Tageblattes“ mit, um nachzuweisen, daß das „Leipziger Tageblatt“ die Gesetze des Landes in der größtmöglichen Weise verlegt habe, und daß deshalb die ihm enthaltene Verwarnung gerechtfertigt erscheine.

Wiesbaden, 13. Juni. [Der Schah von Persien] ist heute Morgen um 8 Uhr von hier abgereist. Derselbe wird von Biebrich per Dampfboot rheinabwärts bis Bonn gehen und sich von da über Spaa nach Brüssel begeben.

Meh., 11. Juni. [Die Situation der eingewanderten Deutschen in Mex.] — Die angeblich gehemmte Entwicklung des deutschen Lebens. — Der Clementar-Unterricht in Mex. — Der in Nancy erscheinende „Courrier de Moselle“ enthält in seiner gestrigen Nummer einen dem „Niederth. Cour.“ entlehnten Artikel, von dem wir überzeugt sind, daß er binnen Kurzem von den meisten französischen Blättern wiedergegeben sein wird. Der beschriebene Aufsatz schildert die Lage der deutschen Handelsstrebenden in Mex und zwar, wie wir zugeben, in ziemlich objectiver Weise. Allein einmal vermissen wir die Vollständigkeit in der Ausführung, andererseits sind die Schlüsse, die dort gezogen werden, nicht richtig. Jener Artikel behauptet, daß nirgends unter den Handelsleuten soviel Klagen laut würden, wie gerade in Mex; viele hätten hier bereits groß Summen verloren, die nicht so leicht wieder zurückgewonnen werden könnten. Darunter leide die Entwicklung des deutschen Lebens, und diejenigen, welche meinten, daß Mex von Tag zu Tag mehr französisch werde, hätten nicht ganz unrecht. Als Beispiel wird der Platz St. Louis angeführt, wo der Clementarstifter an einem Morgen allein drei deutsche Familien ihre Wohnungen verlassen und all ihr Hab und Gut unerbittlichen Gläubigern hat opfern lassen. Unter solchen Umständen lebe das französische Element wieder auf, zumal viele Auswanderer zurückkehren. — Richtig in dieser Ausführung ist, daß viele Deutsche ihre Geschäfte aufgegeben und die Läden geschlossen haben, einschließlich der Geschäfte, die angeblich gehemmte Entwicklung des deutschen Lebens nicht hinreichte. Nur einem Fremden kann dies wunderbar erscheinen, während derselbe während derselben Zeit ebensoviel Geschäfte eröffnet, welche die Verhältnisse kennt, darin nichts anders erlebt, als die notwendige Wechselwirkung zwischen Ursache und Wirkung. Der Verfasser jener Zeilen, die voraussichtlich manches französische Gemüth erregen werden, hat nicht erwähnt, daß unter den zahlreich eingewanderten Deutschen Vieles waren, die mit spärlichen Mitteln ausgerüstet — Manche hatten vielleicht gar nichts — nach Mex kamen, daß sie als Edorade ihres Lebenshoffnungen ansehen, nachdem ihre Existenz anderweitig gefährdet worden war. Das gewöhnliche Geschäft, welches derartige Leute hieren ritzen, war die Eröffnung einer Cantine. Nun gibt es aber Straßen, wo beinahe das zweite oder dritte Haus immer ein derartiges Lokal birgt. Können denn solche Institute, die an französischen Restaurations geselligen Concurrierten haben, auf die Dauer existieren? Deswegen aber, weil dieselben zum Theil eingehen, kann man doch nicht behaupten, daß darunter die Entwicklung des deutschen Lebens viel leidet! Eben so wenig, daß dadurch das französische Element gestärkt wird. Dagegen ist richtig, daß viele Auswanderer zurückkehren, und dies kann der Staat nur zum Vortheil gerethen. — An die oben erwähnte Thatsache, daß viele wenige bemittelte Familien in den letzten beiden Jahren Mex ausgesucht haben, knüpft sich vielmehr ein anderer Umstand, auf den eine hiesige Zeitung (die „M. Ztg.“) auch bereits die allgemeine Aufmerksamkeit gelenkt hat. Da nämlich die Kosten für den Unterricht der Kinder in den hier bestehenden deutschen Normalschulen — eine andere deutsche Clementarschule existiert nicht — zu groß sind, als daß arme Eltern sie ertragen könnten, so ist eine erhebliche Anzahl solcher Eltern dahin gelangt, ihre Kinder in den hiesigen französischen Clementarschulen unterrichten zu lassen. Mit Recht macht das genannte Blatt aufmerksam, welche Nachtheile dies für die deutsche Jugend haben muss. In reichsfreundlichen Kreisen geht man deshalb daran, vorläufig die nötige Summe zur Gründung einer deutschen Clementarschule zusammenzubringen. Später wird hoffentlich die Reichsregierung selber die Sache in die Hand nehmen.

Meh., 13. Juni. [Attentat.] Nach aus Sedan hier eingelangten Nachrichten ist auf einen Wachtposten der deutschen Deputationstruppen ein Attentat ausgeführt worden und der Thäter bis jetzt nicht entdeckt. Die dortige Commandantur hat in Folge dessen angeordnet, daß alle öffentlichen Lokale um 9 Uhr Abends geschlossen sein müssen und daß von der Bevölkerung Niemand nach 10 Uhr Abends die Straßen ohne besondere Erlaubnis passieren darf.

Deutschland. — Unterstüzungsklassen.] Durch das Gesetz vom 25. Mai d. J. sind so vieles eingreifende Veränderungen an den Grundsätzen für die Veranlagung der Klassensteuer eingeführt worden, daß es für nötig erachtet

worden ist, die Instruction vom 8. Mai 1851 über die Veranlagung der Klassensteuer einzuführen, daß es für nötig erachtet

wurde, aufzuhören und durch eine neue, welche vom 29. Mai d. J. datirt ist, zu ersetzen. Diese schon bekannt gewordene Instruction hat der Finanzminister in Begleitung eines Rundschreibens an die Provinzial-Regierungen versendet, aus dessen Inhalt einiges auch von allgemeinem Interesse sein dürfte. In der Instruction ist der Termin für die Einsendung der Haupt-Nachweisen an das Finanz-Ministerium auf den 15. December festgestellt worden. Die pünktliche Einbehaltung dieses Termins erklärt das Rundschreiben für unabdinglich erforderlich, da es in der Absicht liege, die durch das Gesetz angeordnete Berechnung darüber, ob und wieviel der Normalbetrag der 11 Millionen Thaler durch den aus der Veranlagung der Klassensteuer sich ergebenden Jahresbetrag der Solleinnahme überschritten



den Umsatzes sich unverändert zeigt. Disconto-Commandit, Darmstädter, Breslauer Disconto, Berl. Bankverein, Centralbank, Meiningen, Centralgenossenschaft u. mühten Coursenbüros über sich ergehen lassen. Industriewerke sind eher mäder; Immobilien und Werkf. Union sind besser; auch Bergwerke hielten nicht voll letzten Cours; indeß blieb für Kohlenbergwerke eher Nachfrage. Die Börse schließt sehr flau, nach Schluß drückten sich Dester. Credit auf 148 resp. 147. (Bank u. Hds. Ztg.)

Berlin, 13. Juni. Weizen: Termine etwas fester. Gefündigt — Cmr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 77—94 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez. pro Juni 92½—92% Thlr. bez. Juli—Juli 92½—½ Thlr. bez. Juli-August 88—89 Thlr. bez. August-September — Thlr. bez. September-October 82—83% Thlr. bez. October-November — Thlr. bez. gelber — Thlr. ab Bahn bez. — Roggen poco wenig angeboten, verlaufen sich gut. Termine seihen heute ihre gestern schon angenommene seiste Tendenz fort und nur zu höheren Courten waren Abger. im Markt vertreten. Die Steigerung beträgt gegen gestern gleich ½ Thlr. per 1000 Kilogramm. Gefündigt — Cmr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 56—64 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gesorbert, inlandsdöfer 58—63% Thlr. ab Bahn bez., russischer 60 Thlr. frei Wagen bez. pr. Juni 58—¾ Thlr. bez. Juli-Juli 58—½ Thlr. bez. Juli-August 57—½ Thlr. bez. August-September — Thlr. bez. September-October 56%—½ Thlr. bez. October-November 56—½ Thlr. bez. — Rüböl ansangs besser bezahlt, doch wieder matt. Gefündigt — Cmr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 21% Thlr. bez. — Spiritus folgte den Bewegungen im Getreidehandel, der Lehrer ließ aber auch viel zu wünschen übrig, loco ohne Kauf 19 Thlr. 4 Sgr. bez. pr. Juni 18 Thlr. 27 Sgr. bis 19 Thlr. bez. Juli-Juli 18 Thlr. 27 Sgr. bis 19 Thlr. bez. Juli-August 19 Thlr. 5—9 Sgr. bez. August-September 19 Thlr. 15—17 Sgr. bez. September-October 19 Thlr. 1 Sgr. bis 19 Thlr. — Sgr. bez. October-November — Thlr. — Sgr. bez. — Gefündigt 180,000 Liter. Kündigungspreis 18 Thlr. 29 Sgr. bez. — Wetter: Schön.

Posen, 13. Juni. [Producenten-Vericht von Lewin Herwin Söhne] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) fest. Kündigungspreis 59%. Gel. — Wähl. Juni 59% G. Juni-Juli 59 bez. u. Br. Juli-August 56% bez. u. Br. August-September 55% G. Herbst 54% bez. u. G. October-November — Spiritus (pro 10,000 Liter %) fest. Kündigungspreis 18%. Gel. — Liter. Juni 18% bez. u. G. Juli 18% bez. u. G. August 18½ bez. u. Br. September 18% bez. u. G. October 18% bez. u. G. November —

Posener Markt-Vericht. Weizen: begeht, pro 1050 Kilogramm seiner 95—100 Thlr. mittel 85—90 Thlr. ordinär und defct 75—80 Thlr. — Roggen: gefragt, pr. 1000 Kilogr. seiner 58—60 Thlr. mittel 55—56 Thlr. ordinär 52—53 Thlr. — Gerste: höher bezahlt, pr. 925 Kilogr. seine 51—54 Thlr. mittel und ordinär 46—49 Thlr. — Hafer: begeht, pr. 625 Kilogramm seiner 30—33 Thlr. mittel u. defct 29—30 Thlr. — Erben: unverändert, pro 1125 Kilogramm, Koch-Erben 50—54 Thlr. Futter-Erben 46—48 Thlr. — Lupinen: preishaltend, pr. 1125 Kilogr. gelbe 33—37% Thlr. blaue 28—31 Thlr. — Widen: matt, pr. 1125 Kilogr. 38—40 Thlr. — Delsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr. Raps — Thlr. — Leinsamen: ohne Umsatz, pr. 50 Kilogr. 75—85 Thlr. — Lee mati, weiß 10—20, rot 12—18 Thlr. — Buchweizen: geschäftlos, pr. 75 Kilogramm 46—50 Thlr. — Feinstes Waaren über Notiz. — Wetter: Schön.

Neu-Brandenburg, 13. Juni. [Wollmarkt.] Der Markt war lebhaft. Wäsche waren gut, bis 3 Thlr. höher bezahlt. Zufuhren in Höhe von 3500 Ctr. wurden ständig verkauft.

Stralsund, 13. Juni. [Wollmarkt.] Der Markt war schleppend. Zufuhren betragen 8000 Ctr. Wäsche mangelhaft, Abschlag 2 bis 3 Thlr. Bezahlte wurde 63—68 Thlr. Käufer waren Händler, Fabrikanten unhäufig.

Leipzig, 13. Juni. [Wollmarkt.] Annähernd vorjährige Zufuhren. Das Geschäft Anfangs schleppend, wurde Nachmittags belebter. Wäsche mittelmäßig. Preise 12½—14 Thlr. pr. Stein.

Wien, 13. Juni. [Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahnen] vom 28. Mai bis zum 3. Juni 1,419,347 fl. gegen 1,212,399 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahrs, mitin Wochen mehrnahme 206,948 fl. Bisherige Mehrnahme vom 1. Januar 1873 ab 3,069,958 fl.

Buenos Ayres, 15. Mai. (Von Sievers & Meyer.) Notierung von Suprawollen 85, Bonne moyenne 75. Zufuhren der letzten 14 Tage 125,000, Totalzufuhren seit Beginn der Saison 2,740,000 Arrobas. Verschiffung nach Bremen seit letzter Post — do. im Allgemeinen seit letzter Post 8300. Total-Verschiffungen seit Beginn der Saison 116,000 Ballen. Fracht für Wolle (pr. Segler) 15 Sh. Preis für Salzhäute 60. Schlachtungen der letzten 14 Tage unbekannt. Verschiffung von Salzhäuten nach dem Kanal, nach England direct, sowie nach dem Continent seit letzter Post 40,000 Stück. Fracht für Salzhäute (pr. Segler) 20 Sh. Notierung für Talg (Orientalg in Pipen) 15, für trockene Häute 70 Sh. Cours auf London 49% D.

#### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolfs Teleg.-Bureau.)

Bern, 13. Juni. Der Verfassungsrath des Kantons Schaffhausen hatte eine Proklamation erlassen, in welcher die Bevölkerung aufgefordert wird, ihren Wünschen betreffs einer Revision der Bundesverfassung Ausdruck zu geben.

Bern, 13. Juni. Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnisse der Volksabstimmung im Kanton Thurgau vom 11. d. Ms. ist das Civilgesetz zur Annahme gelangt, das Gesetz über die Besoldung der Lehrer und das Seminargesetz dagegen abgelehnt worden.

Versailles, 13. Juni, Abends. Die Nationalversammlung vertrat die Berathung über die Ostbahn ohne Zwischenfall.

Paris, 13. Juni, Abends. Das Gericht von Minister-Veränderungen und Stellenwechseln ist „Havas“ zufolge unbegründet.

Paris, 13. Juni, Abends. Die Behauptung der Journale, Broglie habe ein vertrauliches diplomatisches Rundschreiben ergehen lassen, wird von sonst gut unterrichteter Seite entschieden dementirt. Das Gericht verurtheilte die Banquiers Millaud und Cohen zu zweijährigem, Periere zu einjährigem Gefängnis wegen Betrugses.

Rom, 13. Juni. Der Papst hat gestern die Generale und Procuratoren der religiösen Körperschaften in Audienz empfangen. Vom Generale der Jesuiten wurde dabei eine Adresse verlesen und überreicht. — Die vom „Pester Lloyd“ verbreitete Nachricht, daß während der kürzlichen Anwesenheit des Kronprinzen des deutschen Reichs und von Preußen in Mailand ein deutsch-italienischer Allianzvertrag abgeschlossen worden sei, wird von den „Italienischen Nachrichten“ als jeder Begründung entbehrend bezeichnet. Die Begegnung des Kronprinzen mit dem Kronprinzen Humbert habe nicht in Mailand, sondern in Venedig stattgefunden und der Zusammenkunft hätten keinerlei politische Zwecke, sondern lediglich Motive der Freundschaft und Courtoisie zu Grunde gelegen.

Madrid, 12. Juni. Castelar wird auch fernerhin an den Sitzungen der Cortes theilnehmen. Für morgen ist die Wahl des Präsidenten anberaumt, die voraussichtlich aus Nicolaus Salmeron fallen wird. Wie von Murvielro gemeldet wird, haben dort Anordnungen unter den Soldaten stattgefunden, wobei ein Oberstleutnant getötet ist. Auch in der Armee von Katalonien scheint die Disciplin sehr gelockert zu sein; in Vich hat ein Bataillon seine Offiziere verjagt und den Bewegungen der Karlisten werden keine Hindernisse in den Weg gelegt.

London, 13. Juni. Zwischen den bessigen Bau-Unternehmern und ihren Arbeitern sind Differenzen ausgebrochen. Die letzteren verlangen eine Lohn erhöhung, worauf erstere erklären, für den Fall eines Streites ihre Werkstätten ganz schließen zu wollen.

Brüssel, 13. Juni. Die Nationalbank hat heute den Discount von 5½ aus 6 p.c. erhöht.

Bukarest, 13. Juni. Die österreichischen Zwanziger werden um 10 und die russischen Silberrubel um 15 Centimes im Course herabgesetzt und sollen diese Münzen mit dem 1. December ganz außer Course gesetzt werden.

#### Berliner Börse vom 13. Juni 1873.

##### Wechsel-Course.

			Divid. pro	1871	1872	Z.
Amsterdam	25.07.1.	K. B.	4½	139½	bz.	
do	do	2 M.	4½	138½	bz.	
Hamburg	200 Mr.	K. S.	4	—		
do	do	2 M.	4	—		
London	1. Lst.	3 M.	6	61½% bz.		
Paris	300 Frs.	2 M.	5	—		
Wien	100 Thlr.	5	89½	bz.		
do	do	2 M.	5	88½	bz.	
Augsburg	100 Bfl.	2 M.	5	56½	bz.	
Leizius	100 Thlr.	5	61½	bz.		
do	do	2 M.	4½	99½	G.	
Frankf. a. M. 100fl.	2 M.	5	—			
Petersburg	100SE.	3 M.	5	88½	G.	
Warschau	50 SR.	3 M.	5	80½	bz.	
Bremen	.....	3 T.	5	—		

##### Fonds und Gold-Course.

Frol. Staats-Anleihe	4½	—	99½	G.		
Staats-Anl. 4% 1/2	4½	—	99½	G.		
dito consolid.	4½	104½	bz.			
dito 4½% G.	4	96½	bz.			
Staats-Schuldenlo. 3½	3½	89½	bz.			
Präm. Anleihe v. 1855	3½	125	bz.			
Berl. Stadt-Oblig.	4½	101	B.			
OÖn-Mind. Präml.ans.	4½	92	bz.			
Central-Boden-Cr.	4½	99½	G.			
do. Unkunds.	5	105½	bz.			
Pommersche	3½	80½	bz.			
Schlesische	3½	83½	bz.			
Kur. u. Neumärk.	4	94½	G.			
Posenische	4	92½	bz.			
Preussische	4	94½	bz.			
Westf. u. Rhein.	4	96½	bz.			
Sächsische	4	94½	bz.			

Emissions, Pionier

Kurs. 40 Thlr.-Loose 69½ bz.

Oldenburger Loose 37½ B.

———

Louis'dor 109½ bz. Dollars 1.11½ bz.

Sovereigns 6.21½ bz. Prus. Bnk. 99½ bz.

Napoleons 5.10 bz. Ost. Bnk. 90 bz.

Impérials 5.15 G. Russ. Bnk. 80% bz.

Baileys Bahn —

———

Eisenbahn-Stamm-Aktion.

Berl. Grotzke

Berl. Nordbahn

Halle-Sorau-Gub.

Hanover-Altenb.

Kaschen-Oderber.

Kronpr. Endlicher.

Ludwig.-Barb.

Märk.-Posener.

Magdeb.-Halberst.

Magdeb.-Lipzig.

Mainz-Ludwigs.

Niederschl.-Mark.

Oberschles. A. G.

Oberschles. B.

Oberschles. C.

Oberschles. D.

Oberschles. E.

Oberschles. F.

Oberschles. G.

Oberschles. H.

Oberschles. I.

Oberschles. J.

Oberschles. K.

Oberschles. L.

Oberschles. M.

Oberschles. N.

Oberschles. O.

Oberschles. P.

Oberschles. Q.

Oberschles. R.

Oberschles. S.

Oberschles. T.

Oberschles. U.

Oberschles. V.

Oberschles. W.

Oberschles. X.

O